

GEMEINSAME ANFRAGE Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (pl) vom 27.04.2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	13. Plenarsitzung Gemeinderat 30.06.2015 2015/0260 36 öffentlich
Maßnahmen gegen Brände von gedämmten Fassaden		

Ein internes Papier der Bauminister soll strengere Vorschriften für gedämmte Fassaden fordern. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- A. Wie sieht die Verwaltung und die Karlsruher Berufsfeuerwehr die Brandgefahr von mit Styropor gedämmten Fassaden?
- B. Laut SPIEGEL schlagen Experten vor, dass um jedes gedämmte Haus künftig eine Art Schutzzone mit einem Mindestabstand von drei Metern zu errichten bzw. Mülltonnen in einer „geschlossenen Einhausung“ unterzubringen. Wird der Sicherheitsabstand für Karlsruher Objekte ebenfalls als sinnvoll erachtet?
- C. Glaubt man dem SPIEGEL, dann kämen die Expertenvorschläge einer Warnung an alle Hausbesitzer gleich: Entweder teure Nachrüstungen oder Finger weg von Wärmedämmplatten aus Polystyrol! Doch was würde dann aus der Kampagne „Dämmen lohnt sich“, mit der Bund, Länder, Städte wie Karlsruhe und die Dämmstoffindustrie seit Jahren werben?
- D. Sollte man nicht Angesichts des Gefahrenpotentials die Förderung der Fassadendämmung mit Polystyrol nicht überdenken?
 - 1. Böten da nicht andere Möglichkeiten der Dämmung von Fassaden Alternativen?

Sachverhalt / Begründung:

Beim oft ideologisch geführten Thema „Klimaschutz“ haben sich die Freien Wähler bereits in der Vergangenheit mehrfach kritisch über den Sinn und Nutzen von mit

Polystyrol, besser bekannt als Styropor, gedämmten Fassaden geäußert und auf mögliche Brandgefahren hingewiesen. DER SPIEGEL berichtet nun in seiner aktuellen Ausgabe (17/2015 vom 18.04.2015 im Artikel „Brennt wie Stroh“) von bis zu 60 Bränden in den vergangenen Jahren, bei dem eine großzügig aufgeklebte Isolierschicht aus Polystyrol als Brandbeschleuniger und Nahrung für die Flammen verantwortlich gemacht wird. Hausbesitzer und Mieter sind verunsichert, daher gaben die Bauminister laut SPIEGEL ihren Fachleuten den Auftrag, auf der Grundlage wissenschaftlicher Studien und eigener Brandversuche einen Leidfaden zu entwickeln, der über mögliche Risiken aufklärt. Glaubt man dem SPIEGEL kommt ein Arbeitspapier der „Fachkommission Bauaufsicht der Bauministerkonferenz“ zu dem Schluss, dass die Gefahren offenbar noch größer sind, als die Betroffenen fürchten!

unterzeichnet von:
Jürgen Wenzel
Stefan Schmitt

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
19. Juni 2015